

Werben mit Billig-Angeboten

Wetterabhängige Abschläge, Hotelrabatte und billigere Skiabos: Schweizer Bergbahnen kämpfen mit immer härteren Bandagen um die Gäste. Doch nicht alle glauben an die neue Strategie.

Benjamin Bitoun

BERN In den Schweizer Skigebieten findet gerade eine kleine Revolution statt: «Dynamic Pricing» heisst der Trend der Stunde – flexible Skipasspreise, von Wetter und Wochentag abhängig. Zudem lassen zeitliche begrenzte Sonderaktionen und Rabatte die Preise in vielen Skigebieten purzeln

Ausgelöst wurde das Erdbeben von Saas-Fee. Mit seinem Saisonpass für 222 Franken gelang es dem Walliser Dorf, Tausende Schweizer Wintersportler aus anderen Skigebieten abzuwerben. Im Berner Oberland versucht man nun den Angriff durch den Zusammenschluss der Gebiete Adelboden-Lenk, Jungfrauregion, Meiringen-Haslital und Gstaad zu kontern. In einer Sonderaktion, die gestern zu Ende ging, haben die Berner ihren Top-4-Skipass für 666 statt der regulären 950 Franken angeboten – mit überwältigendem Erfolg, wie Urs Kessler, Chef der Jungfraubahnen, sagt: «Wir haben bis Freitag Nachmittag 35100 Skipässe verkauft.» Gerechnet habe man mit 20000 Pässen.

Neben dem verbilligten Skiabo lockt die Top-4-Karte mit Sonderaktionen und 33-Prozent-Rabatten bei ausgewählten Hotels und Sporthändlern. «Die grosse Nachfrage hat uns früh darin bestärkt, dass wir mit dem neuen Abonnement auf ein Kundenbedürfnis gestossen sind», sagt Urs Kessler.

Schweizer fahren weniger Ski

Dass sich die Schweizer Skigebiete auf diesen Winter hin derart innovativ und angriffslustig zeigen, ist kein Zufall. Eine Ende Oktober von der Hochschule Luzern veröffentlichte Studie zur Lage der Schweizer Seilbahnen nach der letzten Saison zeigt: Vielen der 2450 Bergbahnen schmilzt nicht nur der Schnee, sondern auch die Einnahmen weg. Die Skifahrtstage sind in den vergangenen acht Jahren gemäss Studie in der Schweiz um über 25 Prozent gesunken, in Österreich dagegen um ganze 10 Prozent gestiegen.

Gerade bei Schweizern ist der Sprung über die Grenze zum Nachbarn äusserst be-



Dringend gesucht und aggressiv umworben: Schweizer Skifahrer, die auch in der Schweiz Ski fahren.

Bild Bruno Petroni

liebt: Sie allein bescherten Tirol und Vorarlberg in den letzten zehn Jahren ein Plus an Logiernächten von 54 Prozent.

Das Fazit der Luzerner Studie: Wenn sich die Ertragslage nicht wieder verbessert, werden zwei Drittel der Skilifte die nötigen Investitionen nicht mehr aus eigener Kraft stemmen können.

Saas-Fee greift erneut an

Angesichts dieser Ausgangslage stellt sich die Frage: Ist die von einzelnen Skigebieten gewählte Kampfpreisstrategie klug, oder treiben sich die Anbieter damit gegenseitig in den Ruin? Für Pascal Schär, Direktor von Saas-Fee Tourismus, ist der eingeschlagene Weg der richtige. Dank der billigen Wintercard habe die Anzahl Skifahrer gegenüber dem Vorjahr um 51 Prozent zugenommen. An den rund 170000 Extragästen habe auch das Gewerbe stark mitprofitiert. «Die

Anzahl der Logiernächte stieg um 16 Prozent», sagt Schär. Restaurants seien besser besetzt gewesen, mehr Ausrüstungen seien vermietet worden. «Die Wintercard brachte für Saas-Fee unter dem Strich eine Wertschöpfung von rund 30 Millionen Franken», sagt der Tourismusdirektor.

Mit der Wintercard Gold geht Saas-Fee deshalb den eingeschlagenen Weg noch weiter: Für 333 Franken erhält der Gast neben dem Skiabo Zugang zu einem Webshop, auf dem er unter anderem Unterkünfte mit bis zu 50 Prozent Rabatt oder einen Gepäcktransport von Haus- zu Hotelbuchung kann. Auch bei dem Gold-Zusatz gilt: Hauptzielgruppe dürften auch hier nicht Gäste aus dem Ausland sein. Vielmehr will Saas-Fee die Schweizerinnen, die nach Österreich schielen, in der Schweiz behalten. Für Schär steht fest: «Mit diesen

Zusatzangeboten kann die Konkurrenz aus Österreich preislich nicht mithalten.»

«Kuchen wird nicht grösser»

Ein dezidiert Gegner dieser Rabattpreisstrategie ist Martin Hug, Präsident des Verbands Bündner Bergbahnen. «Mit der heutigen Schnäppchenmentalität sind die Preissenkungen aus der Sicht des Gastes auf jeden Fall herzlich willkommen», sagt Hug. Doch frage er sich, wo die unternehmerische Nachhaltigkeit bleibe, wenn in der Branche im Kampf um Marktanteile noch die letzten Margen geopfert würden.

«In dem von Saas-Fee losgetretenen Preiskampf wird unterschätzt, dass der Kuchen an Gästen im Alpenraum nicht grösser wird», gibt Hug weiter zu bedenken. Die Rechnung sei einfach: Wenn man mit Rabatten den Preis halbiere, dann müsse man aber die Gästemenge verdoppeln, um mindestens

gleich viel einzunehmen. «Ob man das allein über einen geringeren Preis schafft, muss sich erst noch zeigen», sagt der Bergbahnenpräsident.

Wetter macht künftig Preise

Die Herausforderung der Branche liege eindeutig darin, den Kuchen des gesamten Alpenraums zu vergrössern – etwa auf Kosten von Städte- oder Badetourismus, zeigt sich Martin Hug überzeugt. Dafür müsse die Branche innovativer und mutiger werden und die Möglichkeiten der Digitalisierung etwa im Bereich «Dynamic Pricing» noch konsequenter einsetzen. Dabei könnten die in einigen Skigebieten bereits angewandten, wetterabhängigen Preise durchaus ein Ansatz sein, sagt Martin Hug. Aber: «Konsequenterweise sollte dann bei Kaiserwetter während der Hochsaison oder am Wochenende der Preis aber auch nach oben gehen dürfen.»

Kopftuch-Initiative im Wallis ungültig

Die Initiative der Walliser SVP für ein Verbot von Kopfbedeckungen an den Schulen kommt nicht an die Urne.

SITTEN Das Walliser Kantonsparlament hat gestern eine Volksinitiative der SVP Oberwallis, die jegliche Kopfbedeckungen an Schulen verbieten will, für ungültig erklärt. Die SVP verliess aus Protest den Saal. Sie will sich vor Bundesgericht gegen den Entscheid zur Wehr setzen.

Bereits am Mittwoch, zu Beginn der Debatte, hatte die SVP den Saal des Grossen Rates verlassen. Ihre Exponenten zeigten sich verärgert über die vielen negativen Voten in der Eintretensdebatte. Von einem «Bruch mit der Demokratie» sprach zum Beispiel Michael Graber. Er erinnerte daran, dass die Initiative von über 4000 Stimmberechtigten unterzeichnet worden ist. Die SVP weigere sich, eine Debatte über die Gültigkeit der Initiative zu führen, erklärte Graber. Zur Begründung des Protests seiner Partei zitierte er König Friedrich August III. von Sachsen, der gesagt habe: «Macht doch euren Dreck allein.»

Nach dem Auszug der SVP hatte deren Volksinitiative in der Debatte des Grossen Rats nicht den Hauch einer Chance. Die Initiative will den Schülern zwar das Tragen aller Kopfbedeckungen untersagen, die SVP hatte aber nie verhehlt, dass sie primär das Kopftuch im Visier hat.

«Es gibt kein öffentliches Interesse, über irgendwelche Kopfbedeckungen ein Gesetz zu erlassen», sagte Grossrat Thierry Largery von den Grünen. Der Grosse Rat erklärte die Initiative schliesslich mit 93 gegen 24 Stimmen bei 4 Enthaltungen für ungültig. Darauf verliess auch noch die Unterwalliser SVP den Saal. In der Schlussabstimmung unterlag die Initiative mit 90 gegen 8 Stimmen. Auch wenn die SVP-Initiative abgelehnt wurde, verlangten mehrere Fraktionen eine grundsätzliche Debatte zum Tragen eines Kopftuchs an der Schule. Bildungsdirektor Christophe Darbellay (CVP) kündigte an, im nächsten Jahr eine pragmatische Vorlage zu bringen, welche die Verhältnismässigkeit berücksichtige. Er begrüsst den «aussergewöhnlichen Mut» des Parlaments bei der Behandlung der SVP-Initiative. sda

Pharma und Staat gründen ein Augenzentrum

Novartis und die öffentliche Hand arbeiten zusammen. Im kommenden Jahr wird in Basel ein neues Forschungsinstitut für Augenkrankheiten eingeweiht werden. Forscher und Kliniker werden dort die Augenkrankheiten erforschen.

BASEL Erblindeten Menschen die Sehkraft zurückgeben: Das ist das Ziel eines neuen Forschungsinstituts für Augenkrankheiten, das 2018 in Basel seinen Betrieb aufnimmt. Gründer des Instituts für molekulare und klinische Ophthalmologie Basel (IOB) sind der Pharmagigant Novartis, das Universitätsspital sowie die Universität Basel. Das sei Public-Private-Partnership, wie sie in den Ökonomielehrbüchern stehe, freute sich Unirektorin Andrea Schenker-Wicki gestern vor den Medien.

Novartis stellt für das IOB für die ersten zehn Jahre insgesamt maximal 100 Millionen Franken zur Verfügung. Für die andere Hälfte kommen die Uni und das Unispital sowie der

Kanton Basel-Stadt auf. Letzterer will das Institut in den ersten vier Jahren mit insgesamt 12,5 Millionen Franken unterstützen, wie Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger sagte. Danach sollen es 5 Millionen Franken jährlich sein. Noch muss die Subvention aber vom Kantonsparlament abgesegnet werden.

Forschungsfreiheit gesichert

Das IOB soll eines der weltweit ersten Institute seiner Art sein. Hand in Hand sollen Grundlagenforscher und Kliniker das bisher ungenügende Verständnis von Augenkrankheiten verbessern sowie neue Therapien entwickeln. Laut dem Verwaltungsratspräsidenten von Novartis, Jörg Rein-



Der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger. Bild Keystone

hardt, kann sich Basel mit dem neuen Institut als globales Zentrum für Augenheilkunde positionieren.

Obwohl Novartis mit 10 Millionen Franken pro Jahr den grössten Beitrag leistet, sei die Forschungsfreiheit gewährt, betonte die Rektorin der Uni. Um dies zu gewährleisten, sei das IOB als unabhängige, gemeinnützige Stiftung aufgesetzt worden.

Auch der Novartis-Präsident versicherte, dass der Konzern auf die Tätigkeit des Instituts keinen Einfluss nehmen werde. Das sei auch bei dem seit über vierzig Jahren bestehenden Friedrich-Miescher-Institut in Basel so, das Novartis sogar mit jährlich 50 Millionen Franken unterstütze.

Für Novartis hat die Augenheilkunde laut Reinhardt aber strategische Priorität. Der Konzern erhofft sich von der «bahnbrechenden Kooperation zwischen Forschung und Klinik» innovative Lösungen für Patienten mit Sehstörungen und Sehverlust. Die operative Tätigkeit nimmt das Institut Anfang 2018 auf. Mittelfristig soll es gegen 140 Wissenschaftler umfassen, womit 100 neue Stellen entstehen. Zu den Schwerpunkten zählen unter anderem grüner Star (Glaukom) und Kurzsichtigkeit (Myopie). Bisher sei die Bedeutung von Augenkrankheiten unterschätzt worden, dabei seien sie für Betagte eine der Hauptursachen für den Verlust der Selbstständigkeit. sda

Das Urteil wird weitergezogen

BERN Es geschah im Juli 2014: Eine schwangere Flüchtlingsfrau aus Syrien bekam in der Schweiz keine medizinische Hilfe und erlitt später in Italien eine Totgeburt. Der als Einsatzleiter zuständige Schweizer Grenzwachter wurde Anfang Dezember in erster Instanz zu einer bedingten Freiheitsstrafe von sieben Monaten und einer ebenfalls bedingten Geldstrafe verurteilt. Doch damit ist der Fall noch nicht abgeschlossen. Gegen das Urteil des Militärgerichts 4 wurde Berufung eingelegt. Alle Parteien – also der Ankläger, der Verteidiger und die Anwältin der Opferfamilie – ziehen das Urteil weiter. Dies erklärte ein Sprecher der Militärjustiz gestern. sda